

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Zunahme linksextremistischer Straftaten

Die **Kleine Anfrage 4006** vom 15. Januar 2016 hat folgenden Wortlaut:

In Rheinland-Pfalz hat die Polizei im vergangenen Jahr mehr Gewalt durch Linksextremisten registriert als im Jahr davor. 2014 waren es noch 54 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund gewesen, die aktuellsten Zahlen sprechen nun von 69 Vorfällen. Die Zahl der Körperverletzungen durch Linksextremisten stieg laut Innenministerium von zehn auf 15.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie wird die Situation bezüglich Linksextremisten im Land eingeschätzt und insbesondere bei der Anmeldung von GegenDemonstrationen?
2. Gab es im Land linksextremistische Angriffe gegen Polizisten bzw. Polizeieinrichtungen (bitte aufgegliedert nach den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014 und 2015)?
3. Wie viele linksextremistisch motivierte Gewalttaten wurden in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014 und 2015 begangen?
4. Wie viele Personen gehören in Rheinland-Pfalz dem linksextremistischen Spektrum an (bitte aufgegliedert nach den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014 und 2015)?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. Februar 2016 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Die Kleine Anfrage wird auf der Grundlage der Erkenntnisse des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes „Politisch motivierte Kriminalität“, Stand 27. Januar 2016, beantwortet. Die endgültigen Fallzahlen für das Kalenderjahr 2015 werden mit Ablauf des Monats Januar 2016 abschließend zwischen Bund und Ländern abgestimmt. Daher sind die genannten Zahlen noch als vorläufig zu betrachten – sie können sich im Rahmen von Qualitätssicherungsmaßnahmen sowie durch Nachmeldungen noch geringfügig verändern.

Ausgehend von insgesamt 54 Straftaten im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität – Links in 2014 stieg die Gesamtzahl der im letzten Jahr polizeilich registrierten Delikte in diesem Phänomenbereich auf 73.

Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst insbesondere Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte und Landfriedensbruch. In 2015 registrierte die Polizei Rheinland-Pfalz insgesamt 16 linksmotiviert Gewaltdelikte (2014: 10). Die Zahl der Körperverletzungen im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität – Links lag 2015 bei neun im Vergleich zu acht in 2014.

Zu Frage 1:

Auf die Antwort der Landesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage 3977 (Drucksache 16/6086) wird verwiesen.

b. w.

Zu Frage 2:

Die Polizei steht als Repräsentant des Staates seit geraumer Zeit im Zielspektrum von Angehörigen des linken Spektrums. Nach Bewertung der Sicherheitsbehörden ist insbesondere im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen von einer niedrigen Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegen eingesetzte Polizeikräfte auszugehen.

Die Polizei registrierte im Rahmen des kriminalpolizeilichen Meldedienstes „Politisch motivierte Kriminalität“ in den Jahren 2011 bis 2015 folgende Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte:

	2011	2012	2013	2014	2015 *)
Gesamtzahl der Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte	3	2	5	5	11

*) Stand: 27. Januar 2016 – die Anzahl kann sich aufgrund von Nachmeldungen noch verändern.

Zu Frage 3:

Im Betrachtungszeitraum registrierte die Polizei folgende politisch links motivierten Gewaltdelikte:

	2011	2012	2013	2014	2015 *)
Brand-/Sprengstoffdelikt			1		3
Körperverletzung	6	1	4	8	9
Landfriedensbruch		1	2		3
Gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Luft-, Schiffs-, Straßenverkehr				1	
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte			1	1	1
Andere Gewaltdelikte (z. B. Raub)		1			
Gesamtzahl der Gewaltdelikte	6	3	8	10	16

*) Stand: 27. Januar 2016 – die Anzahl kann sich aufgrund von Nachmeldungen noch verändern.

Dabei führten Wahlkampfveranstaltungen, Versammlungen wie z. B. der Aufzug der rechtsaffinen Gruppierung „Gemeinsam stark – Deutschland e. V.“ am 8. Februar 2015 in Ludwigshafen, oder auch die Innenministerkonferenz am 26. Juni 2015 in Mainz zu einem anlassbezogenen Straftatenanstieg.

Zu Frage 4:

Auf die Antwort der Landesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage 3977 (Drucksache 16/6086) wird verwiesen.

In Vertretung:
Günter Kern
Staatssekretär